

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
 Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
 Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
 Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
 des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsbewilligungen — hat der Bezugs-
 nehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
 zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
 Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Motte's Beilenmesser 14)
 RM 0,25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0,20. Amtliche Zeile RM 0,75
 und RM 0,60. Melame RM 0,60. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei
 zweiseitiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen
 gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
 Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
 des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
 Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretzitz, Hauswalde, Dhorn, Oberkaina, Niederkaina, Weißbach, Ober-
 Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 9

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Sub. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 158

Sonnabend, den 9. Juli 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Grundsteuer 1927

Die 2. Rate der Vorauszahlungen auf Staats- und Gemeindegrundsteuer 1927
 wird am
15. dfs. Mts.
 fällig

Die Steuerpflichtigen werden hierdurch aufgefordert, die entsprechenden Beträge als-
 bald an unser Stadtsteueramt abzuführen
 Das Mahnverfahren beginnt am **25. dfs. Mts.**
 Pulsnitz, den 9. Juli 1927
Der Stadtrat.

Das Wichtigste

Der Reichsrat sprach sich für den 11. August als Nationalfeiertag aus.
 Der Berliner Lust Pastor wurde seines Amtes enthoben.
 30 Verletzte bei einem Zugzusammenstoß bei der Station Würzmes
 bei Brll.
 Unwetterkatastrophen in Sachsen und im Reich.
 Wie aus Odessa gemeldet wird, hat dort ein außergewöhnlicher Sturm
 einen Straßenbahnwagen umgeworfen, wobei 6 Personen getötet
 wurden.
 Gegen einen Sowjetbeamten wurde ein Attentat verübt. Die Polizei
 droht mit Erschießung von 30 Geiseln.
 In Brasilien wurden bei einem Eisenbahnunglück 24 Rabetten getötet
 und 30 schwer verletzt.

Wirtschaftliche Wochenschau.

(Von unserem handelspolitischen Mitarbeiter.)
Neue Auslandsanleihen. — Das türkische Schuldenproblem.
 — Die deutschen Spartakassen.
 Der Reichsbankpräsident Dr. Schäfer weiß bekanntlich
 zurzeit in New York, um dort mit den Präsidenten der
 Notenbanken (Amerika, England, Frankreich) eine gemein-
 same Basis für eine Geldpolitik im großen internationalen
 Verkehr zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit wird zweifellos
 das Problem der Entschuldigungsverpflichtung berührt werden.
 Man will sogar wissen, daß eine kommende deutsche Anleihe-
 politik, so wie sie für Deutschland gerechtfertigt ist, mit der
 Entschuldigungsverpflichtung kombiniert werden soll. Dies letztere
 wäre außerordentlich wesentlich, da möglicherweise dann die
 ganze Frage auch von der deutschen Regierung herangezogen
 werden müßte.

Wir haben seit Monaten eine gewisse Stagnation in der
 Aufnahme der Anleihen aus dem Ausland. Allerdings sind
 kurzfristige Gelder immer noch genügend hereingekommen,
 aber dies ist nicht die Anlage, so wie wir sie für die Stär-
 kung unseres Kapitalmarktes notwendig haben. Erst in
 allerjüngster Zeit sind vom Sächsischen Staat und von
 Berlin zwei Anleihen aufgenommen, die allerdings teil-
 weise in England zur Zeichnung kamen. Jetzt verläutet, daß
 demnächst wieder größere Abschlüsse von Auslandsanleihen
 in New York zu erwarten seien, und zwar soll verhandelt
 werden über Anleihen der Preussischen Central-
 Boden A. G., der Preussischen Hypotheken-
 Aktienbank, der Gemeinwirtschaftsgruppe Deut-
 scher Hypothekenbanken und der Bayerischen
 Hypotheken- und Wechselbank. Die Pfand-
 briefemissionen haben in letzter Zeit ebenfalls geftokt.
 Der Markt zeigte nicht mehr die Aufnahmefähigkeit wie im
 vergangenen Jahre und in den ersten Monaten des laufen-
 den Jahres. Kursmäßig sind die Pfandbriefe in den Zeiten
 der starken Kursrückgänge am Aktienmarkt aber nicht son-
 derlich gefallen; immerhin sind Umsätze vorgekommen, doch
 diese sind nicht so erheblich, daß sie direkt auf das Konto des
 Börsenzusammenbruchs zu setzen sind.

Nach dem Kriege und besonders nach Einsetzen der in-
 flationistischen Währungen in Europa blieben verschiedene
 Anleihen notleidend. Den stärksten Verlust, der am inter-
 nationalen Anleihemarkt getragen werden mußte, ist be-
 kanntlich der völlige Ausfall der russischen Anleihen,
 besonders, soweit sie in Frankreich aufgelegt sind. Daneben
 war das Problem der türkischen Papiere seit langem ein
 Gegenstand eingehender Beratungen der Gläubiger-
 staaten mit dem Schuldner. Hier handelte es sich besonders
 auch darum, der Türkei die Unrechtmäßigkeit der Inbetrieb-
 nahme der anatolischen Eisenbahnen, die von der Türkei nach
 Beendigung des griechisch-türkischen Krieges in eigene Regie
 übernommen waren, vor Augen zu führen. Außerdem wurden
 die verschiedenen Anleihen niemals verzinst. Wenn auch
 der finanzielle Status der Türkei lange Zeit hindurch außer-
 ordentlich schlecht war, so hat sich die Lage doch schließlich so
 gebessert, daß wenigstens eine Teilleistung der Coupons
 möglich gewesen wäre. Die Türkei hat mehrfach Angebote
 für eine Regelung gemacht, doch sind diese wegen der völ-
 ligen Unmöglichkeit des Zahlungssystems zurückgewiesen
 worden. Am Donnerstag sind nun in Paris neue Verhand-
 lungen eingeleitet. Hier wurde zum ersten Male der Defen-
 sibilität eine Ausarbeitung vorgelegt, die von seiten der

Vor dem Sturz Poincarés?

London. Nach einer Londoner Meldung aus Paris
 soll das französische Kabinett im Laufe des vergangenen
 Monats viel von seinem Prestige verloren haben. Seit einiger
 Zeit hätte man damit gerechnet, daß das Kabinett vielleicht im
 Herbst verschwinden werde. Jetzt aber scheint es so,
 als ob es sich nicht einmal so lange halten dürfte, vielmehr
 beabsichtige die Rechte nunmehr, es vor dem 13. Juli
 zu stürzen. Die Gelegenheit werde sich geben, wenn die
 Kammer über die Erhöhung der Beamtengehäl-
 ter abzustimmen hat. Dabei dürften sich die äußerste Linke,
 die äußerste Rechte und das rechte Zentrum verbinden. Eine
 solche Kombination könnte Poincaré in die Minorität ver-
 setzen.

Sturm in der französischen Kammer.

Paris. Die Wahlreformdebatte in der französischen
 Kammer hat die seit einem Jahr durch die Sorge um den
 Franc eingebämmten Leidenschaften der Kammer von neuem
 hemmungslos entzestert. „Das Palais Bourbon ist nach ge-
 worden“, so sagen die Blätter, „wenn die Erwählten des
 Volkes wie irrennig mit den Pultbedeln klappern, wie
 Kampfuhnen aufeinander loszuschlagen und wenn der Vor-
 sitzende nur mit Mühe verhindern kann, daß das Parlament
 zum Borgring wird.“
 Die Gründe für diese „Selbständigkeitsbestrebungen“ der
 sonst so folgamen Deputierten liegen klar zutage. Die
 Vintgruppen, die ihre Wahlreform unter allen Umständen
 vor Beginn der Ferien unter Dach und Fach bringen wollen,
 werden durch die systematische Obstruktion der Rechten und
 der Kommunisten bis aufs äußerste gereizt. Die Regierung
 läßt die Zügel fahren, da der Pensionsminister Marin zur
 Opposition gehört. Nur wenn man in der Hitze des Gefechts
 auf andere Dinge als auf die Wahlreform zu sprechen kommt,
 fährt Poincaré mit der wunderwirkenden Vertrauensfrage
 dazwischen.

Die Anhänger der Arrondissementwahl sind entschlossen, an-
 gefichts der Obstruktion ihrer Gegner in Permanenz zu tagen,
 bis die Schlusabstimmung kommt. Poincaré braucht Zu-
 sätze, Poincaré die Militärreform, und es könnte
 der Fall eintreten, daß die Regierung mit einem Nachwort
 diesem endlosen Getöse um die Wahlreform ein vorzeitiges
 Ende bereitet.

Die Nachsitzung war mehr oder weniger ein einziger Zu-
 mull. Innenminister Sarraut, der den Standpunkt der
 Regierung darlegen wollte, mußte nach wenigen Sätzen seine
 Manuskriptblätter zusammenpacken, da er sich in dem wüsten
 Lärm nicht mehr Gehör verschaffen konnte. Die Rechte machte
 ihrer Empörung über die „Undankbarkeit“ der Regierung
 ganz gehörig Luft. Alle Anträge werden abgelehnt, auch der
 Antrag auf Vertagung, um erst wieder einmal Ruhe in die
 erhitzten Gemüter eintreten zu lassen. Man tagt bis zum
 Morgengrauen, ohne weiter gekommen zu sein.

Der Reichsrat für den 11. August als Nationalfeiertag.

⚡ Berlin. Der Reichsrat hat einen Antrag der preußi-
 schen Staatsregierung angenommen, der entsprechend den
 Anträgen der Sozialdemokraten und Demokraten aus dem
 Reichstage die Einführung eines Nationalfeiertages auf den
 11. August verlangt. Dieser preussische Antrag wurde mit 42
 gegen 25 Stimmen angenommen. Vertagungsanträge Bayerns
 wurden abgelehnt, und der Reichsrat stellte auch fest, daß die
 Einführung des Nationalfeiertages nicht durch ein ver-
 fassungsänderndes Gesetz zu geschehen brauche.

Der Reichsrat hat mit diesem Beschluß zum erstenmal
 von dem Recht einer eigenen Initiative in der Gesetzgebung
 Gebrauch gemacht. Dieses Vorgehen des Reichsrats wird sehr
 wichtige allgemeinpolitische Folgerungen haben, die sich in den
 kommenden Verhandlungen des Reichsrats über das Reichs-
 schulgesetz und überhaupt in allen Beziehungen zwischen
 Reichsrat und Reichsregierung auswirken müssen.

Die Reichsregierung wird erst nach der Vertagung des
 Reichstags, die bekanntlich morgen erfolgt, den vom Reichsrat
 angenommenen Gesetzentwurf dem Reichstag zuleiten, so daß
 vor dem 11. August keine Beratung mehr über den
 Nationalfeiertag

stattfindet und der 11. August dieses Jahres im Rahmen der
 bisherigen Maßnahmen gefeiert wird.

In der Sitzung des Rechtsausschusses des
 Reichstages entwickelte sich eine lange Geschäftsordnungs-
 debatte über die Beschlüsse des Reichsrats, in deren Verlauf
 ein Vertreter des Zentrums erklärte, daß er die
 Haltung Preußens im Reichsrat bedauere.

Wieder ein Attentat gegen einen Sowjetbeamten.

Die Polizei droht mit Erschießen von dreißig
 Geiseln.

⚡ Leningrad. Auf einen höheren städtischen Sowjet-
 beamten ist ein Attentat verübt worden. Der Beamte wurde
 schwer verletzt. Der Täter ist flüchtig. Die Polizei hat 30
 Personen als Geiseln festgenommen, die erschossen werden
 sollen, wenn der Sowjetbeamte seinen Verletzungen erliegt.

Der Reichspräsident Gast des Fürsten zu Putbus im September.

Stettin. Reichspräsident von Hindenburg wird
 während der Herbstmanöver auf Rügen vom 11. bis
 14. September Wohnung im Schloß des Fürsten zu Putbus
 in Putbus nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft der Vater-
 ländischen Verbände Rügens plant eine gemeinsame Kund-
 gebung der vaterländischen Treue der Bevölkerung Rügens.

Gläubigerstaaten ausgearbeitet war und die spezifi-
 ziert nach Gruppen eine Regelung, die sich bis auf das
 Jahr 1953 erstreckt, vorliegt. Die Regelung ist besonders
 dadurch wertvoll, daß sich alte türkische Anleihen in den feinsten
 Kanälen, zergliedert in geringste Nominalsummen, der
 Privatwirtschaft befinden. Ab 1. Juni 1928 soll demnach
 die türkische Regierung für den Zinsdienst und die Amorti-
 sation der Schulden in den Staatshaushalt Beträge bereit-
 stellen, die sich von 1928 bis 1935 auf 1,98 Millionen Gold-
 pfund belaufen. Dann staffelt sich die Summe weiter von
 1935 bis 1941 auf 2,38 Millionen Pfund, 1941 bis 1946 auf
 2,78 Millionen Pfund, 1946 bis 1951 auf 3,18 Millionen
 Pfund und 1951 bis 1953 auf 3,58 Millionen Goldpfund. Als
 Stichtag gilt für die einzelnen Jahre der 1. Juni. Die Jah-
 reszahlungen sind in erster Linie für den Zinsendienst be-
 stimmt. Die Verwendung erfolgt in nachstehenden Prozentsätzen
 der vertraglichen Zinssummen für die oben angeführten
 Jahre: 1928—1935 38 Prozent, usw. für die einzelnen Jahre

48 Prozent, 58 Prozent, 68 Prozent, 90 Prozent und von
 1952 ab 100 Prozent.

Die vorstehende Regelung muß naturgemäß erst von der
 türkischen Nationalversammlung gutgeheißen werden. Da
 die Türkei aus den Kleinasatischen Bahnen verhältnismäßig
 gute Gewinne erzielt und auch sonst der Finanzstatus der
 Türkei nicht ungünstig ist, so ist wohl damit zu rechnen, daß
 das Programm in seinen wesentlichen Punkten türkischerseits
 angenommen wird. Die Spartätigkeit hat in der Türkei in
 den letzten Jahren stark zugenommen. Allerdings sind auch
 die Spartakassen des Deutschen Reiches wieder
 gestiegen, und zwar im Mai weiter von 3 854,7 Millionen
 Reichsmark auf 3 967,3 Millionen Reichsmark. Im Giro-
 ,Scheck- und Kontokorrentverkehr stellten sich im Mai die
 Einzahlungen auf 2432,9, die Auszahlungen auf 2406,8 Mil-
 lionen Reichsmark. Für den Juni dürften sich die Verhält-
 nisse etwas verschoben haben, da der Halbjahresübergang